



Protokollauszug zum BILDUNGS- UND SOZIALAUSSCHUSS

am Mittwoch, 08.02.2023, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1 Vorstellung des Konzepts zum zentralen Jugendtreff
 vor Inbetriebnahme
 - Besichtigung Alleenstraße 20 (ehem. Stadtbad)

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung im ehemaligen Stadtbad. Es erfolgt eine Besichtigung und die Vorstellung des Konzepts zum Zentralen Jugendtreff vor Ort. Nach den einführenden Worten durch EBMin **Schmetz** informieren **Mitarbeiterinnen** und **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Zudem findet eine Führung durch die Räumlichkeiten statt. Im Anschluss wird die Sitzung im KUZ fortgesetzt.

TOP 2 Die Luke e.V. - Antrag auf Förderung 2023 ff. - Vorl.Nr. 465/22
 Entfristung
 (Vorberatung)

Beschlussempfehlung:

1.
Dem Verein „Die Luke e.V.“ wird ab dem Haushaltsjahr 2023 jährlich eine Förderung i.H.v. 10.000 Euro zur teilweisen Finanzierung seiner satzungsgemäßen Arbeit bewilligt.
2.
Im Teilhaushalt 41 des Fachbereichs Kunst und Kultur wird jährlich der Betrag i.H.v. 10.000 Euro bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Shoaleh

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

TOP 2	Die Luke e.V. - Antrag auf Förderung 2023 ff. - Entfristung (Vorberatung)	Vorl.Nr. 465/22
-------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Die **Leiterin** des Fachbereiches Kunst und Kultur und eine **Vereinsvertreterin** sowie ein **Vereinsvertreter** von Die Luke e.V. gehen auf die Vorlage ein. Sie informieren über den Zeitraum 2019 bis heute. Insbesondere gehen sie auf die Veränderungen während der Pandemie ein.

EBMin **Schmetz** dankt den Vortragenden und lobt das Kleinod und die Beharrlichkeit während der Pandemie. Sie eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** spricht ebenso ihren Dank aus. Ihre Fraktion werde der Vorlage gerne zustimmen. Es werden interessante Personen engagiert. Vor der Pandemie seien verschiedene Zielgruppen angesprochen worden. Sie will wissen, ob sich durch das Onlinestreaming ein Stammpublikum herausgebildet habe und fragt, wie das Programm veröffentlicht werde.

Die Luke fülle eine Lücke mit einer unkomplizierten Auftrittsmöglichkeit, meint Stadträtin **Dr. Traub**. Die Künstler können hautnah erlebt werden. Das Spektrum sei breit, auch für den kleinen Geldbeutel. Das Angebot solle erhalten bleiben. Ihre Fraktion stimmt gerne zu.

Stadträtin **Moersch** dankt dem Team für die Ausdauer, Zuversicht und den Mut. Schwierige Zeiten seien überbrückt worden. Das Angebot sei herausragend, niederschwellig, hochkarätig und für die breite Öffentlichkeit. Sie wünscht einen Bericht im Zweijahresrhythmus. Gerne stimmt ihre Fraktion zu.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** gratuliert für das Durchhaltvermögen. Die Organisation brauche eine Planungssicherheit für die nächsten Jahre. Er fragt, was in dem Posten der Gehälter in Höhe von 11.000, --Euro eingerechnet sei. Zudem lobt er das hohe Spendenaufkommen. Hierzu wünscht er weitere Informationen.

Die Luke habe sich in der Weststadt etabliert, so Stadtrat **Heer** und ein Kleinod und geschätzte Einrichtung sowie integraler Bestandteil in der Kulturszene. Seine Fraktion stimmt gerne zu.

Die Zielgruppen seien vielfältig, so eine **Vereinsvertreterin** sowie ein **Vereinsvertreter**. Filmabende, Salsa Abende und das Kinderprogramm seien wieder etabliert. Lediglich das Repaircafé konnte aufgrund der Räumlichkeiten nicht beibehalten werden. Es gebe viele Stammgäste, ein Drittel seien Erstbesucher. Die Gehälter beinhalten keine Künstlergage, sondern die Kosten für Tontechnik und Öffentlichkeitsarbeit. Der Kulturbeutel geht an die Künstler, gleich am Auftrittstag. Es gebe einen festen Stamm an regelmäßigen Spendern, sowie Einmalspender. Man versuche weitere Spender zu gewinnen. Zudem nutze man auch Onlineplattformen und Verdopplungsaktionen.

EBMin **Schmetz** lässt über die Vorlage abstimmen.

TOP 3

Diskussion Ziele Handlungsfeld 02 Kulturelles Leben

Vorl.Nr. 451/22

Beratungsverlauf:

Die **Leiterin** des Fachbereiches Kunst und Kultur geht anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, auf die Mitteilungsvorlage ein.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache. Kultur entwickelt weiter, erfreut, irritiert und ist in verschiedenen Bereichen des Lebens vorhanden. Kultur brauche Wertschätzung und Anerkennung für die Kulturschaffenden und die Künstler.

Das städtische Spektrum sei groß und solle erhalten bleiben, meint Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit**. Sie lobt die große Bannbreite, zu der unter anderem die Kulturvereine, die Stadtbibliotheken, Bürgerbeteiligung, Die Luke e.V. und internationale Veranstaltungen gehören. Sie fragt, was auf dem Franck-Areal entstehen soll. Sofern dieser Bereich von Kulturinitiativen bespielt werden solle, müsse die Nachbarschaft einbezogen werden. Sie wünscht eine Übersicht zu den Veranstaltungsprogrammen auf der städtischen Homepage und mehr Artikel in der lokalen Presse. Für den Bereich Public Arts nennt sie Bietigheim als Vorbild. Durch die Partnerstädte habe man internationale Verbindungen. Auch hier können in Zusammenarbeit neue Möglichkeiten geschaffen werden. Sie dankt dem Team für die kreative und nachhaltige Arbeit.

Die Bedeutung der Kultur sei groß, müsse jedoch auch finanzierbar sein, so Stadtrat **Meyer**. Man brauche zur Finanzierung auch die Gewerbesteuer, sagt er im Hinblick auf das Franck-Areal. Zum strategischen Ziel 1 regt er an, dass die Angebote auch zukunftsorientiert weiterentwickelt werden sollen. Die Gewichtung sei eine Aufgabe der Fachbereichsleitung. Einige Kulturinstitutionen sollten namentlich genannt und unter 1.4. aufgenommen werden. Hierunter sieht er unter anderem das Forum, die Schlossfestspiele, das Scala, private Museen, Galerien, Vereine, Archive sowie private Veranstaltungen. Diese sollen weiter unterstützt und gefördert werden. Sollte diese Aufzählung nicht gewünscht sein, solle konsequenterweise die Ziffer 1.2 gestrichen werden. Lediglich ein Verweis auf die Website sei ihm zu wenig. Beim strategischen Ziel 2 solle auch die Kunstschule Labyrinth, Musikschule und Theatersommer sowie Vereine aufgeführt werden. Unter Ziffer 2.2. solle man klarer auf die Förderprogramme eingehen. Weiter geht er auf das Ziel 3 ein. Hier wünscht er eine bessere Darstellung nach außen und spricht unter anderem das Bürgertheater, Neuland und das Straßenmusikfestival an. Kultur im öffentlichen Raum ruhe derzeit aus finanziellen Gründen. Weiter geht er auf die Baukultur und die Pflege der Barockstadt ein.

Stadträtin **Moersch** freut sich über das vielfältige, kulturelle Leben und ein einzigartiges breites Spektrum in Ludwigsburg. Während der Pandemie habe vieles gelitten. Vieles konnte dennoch erhalten bleiben. Die Initiativen seien kostbar und wichtig für die Gesellschaft. Zum Thema Kunst und Kultur im öffentlichen Raum verweist sie auf den Antrag ihrer Fraktion aus dem Jahre 2015. Kunst solle erlebbar gemacht und niederschwellig für alle Bevölkerungsschichten erreichbar sein. Die Einrichtung einer Kunstkommission solle angedacht werden. Sie schätzt die Arbeit des Fachbereiches und dankt.

Man müsse pflegen, erhalten und weiterentwickeln, meint Stadtrat **Prof. von Stackelberg**. Die Kunst- und Kulturförderung solle als eigenes strategisches Ziel aufgenommen werden, analog der Sportförderung. Er wünscht mehr Verbindlichkeit und konkrete Maßnahmen. Als Orientierung könne beispielsweise die Empfehlung des Städtetages dienen oder eine Art Selbstverpflichtung. Man brauche ein Signal und ein Anreiz für die Weiterentwicklung der Kulturlandschaft. In Ludwigsburg fehle beispielsweise eine Theaterspielstätte als ständige Einrichtung.

Die Kulturangebote seien ein wichtiges, bedeutendes Angebot mit Strahlkraft und Markenzeichen sowie ein Wirtschaftsfaktor für Ludwigsburg, so Stadtrat **Heer**. Als Aushängeschild nennt er das Blüba und das Forum. Er schließt sich den Ergänzungen von Stadtrat Meyer an. Er wünscht eine

TOP 3 Diskussion Ziele Handlungsfeld 02 Kulturelles Leben Vorl.Nr. 451/22

regelmäßige Berichterstattung.

EBMin **Schmetz** dankt für das Feedback. Die Anregungen werden mitgenommen. Vor der Beschlussfassung gebe es eine Handlungsfeldkonferenz.

TOP 4 Diskussion Ziele Handlungsfeld 09 Bildung und Betreuung Vorl.Nr. 452/22

Beratungsverlauf:

Der **Leiter** des Fachbereiches Bildung und Familie geht anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, auf die Mitteilungsvorlage ein.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache.

Das Handlungsfeld sei sehr vielschichtig, so Stadträtin **Wiedmann**. Das Thema Betreuung solle mehr benannt und konkreter formuliert werden. Die Ziele seien sehr bildungslastig formuliert. Sie wünscht mehr Konkretisierung. Die Chancengleichheit direkt zu benennen sei gut. Sie ist auf die Überarbeitung gespannt.

Stadtrat **Meyer** wünscht sich eine andere Formulierung des Leitsatzes. Beim strategischen Ziel 1 soll der Begriff „Betreuung“ aufgenommen werden. Ein gut vernetztes Wissenszentrum mit vhs und

Protokollauszug Bildungs- und Sozialausschuss 08.02.2023

Bibliothek solle in Zusammenarbeit mit Kitas und Schulen sowie Hochschulen genannt werden, auch hinsichtlich bedarfsgerechter Weiterentwicklung der Programme. Beim strategischen Ziel 2 basiere alles auf pädagogischen Konzepten. Die menschliche Zuwendung solle ebenso als wichtiger Aspekt eingefügt werden, wie auch das spielerisch- kreative Lernen. Beim strategischen Ziel 3 könne man unter 9.3.1. insbesondere die Förderung in den Bereichen sprachlich, künstlerisch, musisch und sportlich ergänzen.

Die Ziele seien bereits lange bekannt und jetzt neu formuliert, merkt Stadträtin **Moersch** an. Sie geht mit den Vorrednern mit. Teilweise sei die Formulierung zu ungenau. Das Thema Frau und Beruf hänge von der Kinderbetreuung ab.

Die Digitalisierung biete Chancen bei der Organisation und es sei gut, dass dies separat aufgeführt sei, merkt Stadträtin **Metzger** an. Die Ziele sollten auch selbst erreichbar sein. Die Möglichkeiten der Stadt seien teilweise begrenzt.

Alle Ziel- und Handlungsfelder sollten eine Selbstverständlichkeit sein, meint Stadtrat **Heer**. Die Umsetzung und Gewichtung sei entscheidend. Auch die finanziellen Mittel spielen eine große Rolle. Er wünscht weitere Berichte. Im Prozessverlauf müssen auch Korrekturen und Anpassungen vorgenommen werden.

EBMin **Schmetz** dankt für die Rückmeldungen und Konkretisierungen. Die Anregungen werden mitgenommen. Alle Punkte gleichzeitig zu erreichen, sei nicht möglich.

TOP 5

Ausbau des Fachgebiets "Berufliche Bildung" an der Volkshochschule Ludwigsburg

Vorl.Nr. 002/23

Beschluss:

1. Die Volkshochschule wird beauftragt, den Bereich „Berufliche Bildung“ zu stärken. Hierfür sollen insbesondere Lehrgänge zur Fachkraftqualifizierung durchgeführt werden.
2. Für den Ausbau des Bereichs „Berufliche Bildung“ wird eine 100% Stelle in EG13 sowie eine Sachbearbeitungsstelle mit 50% in EG 6 eingerichtet.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Shoaleh

Beratungsverlauf:

Die **Leiterin** der Volkshochschule (vhs) Ludwigsburg geht auf die Vorlage ein und informiert anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Mit diesem neuen Tätigkeitsfeld leiste man einen guten Beitrag für die Stadtgesellschaft. Anhand einer Umfrage stellte man fest, dass unter den Teilnehmenden der Deutschkurse viele mit einem akademischen Abschluss seien. Der Abschluss eines B2-Sprachkurses und ein Hauptschulabschluss seien unter anderem die Voraussetzungen. Die Anerkennung von Schulabschlüssen in anderen Herkunftsländern sei teilweise schwierig. Sie wolle

mit einem zweijährigen Lehrgang in Teilzeit zur sozialpädagogischen Assistenz für 15 Personen beginnen. Anschließend erfolge eine externe Prüfung. Der Lehrgang werde auch offen für Andere, beispielsweise über die ARGE, sein. Hierdurch werde ein qualifizierter Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtert. Im Bereich der beruflichen Bildung könnten mehrere Lehrgänge angeboten werden. Die Teilnehmer müssen überzeugt werden in die eigene berufliche Zukunft zu investieren und nicht sofort ein Einkommen zu erzielen. In der Praxis arbeiten die Teilnehmenden in den Kitas aller Träger. Man öffne ein neues kostendeckendes Betätigungsfeld mit wirtschaftlich interessantem Potential. Darauf folgende Maßnahmen seien die Schulkindbetreuung und die Pflege. Es werde Personal mit einer 50%-Stelle für die Sachbearbeitung und eine Rückkehrerin aus der Elternzeit mit 50% benötigt.

Man habe eine Win-Win Situation, ergänzt der **Leiter** des Fachbereiches Bildung und Familie. Ein großes Potential liege bei den Quereinsteigern und dies passe auch zur Kita-Werbekampagne. Man mache ein niederschwelliges Angebot. Er weist darauf hin, dass im Bereich der Schulkindbetreuung ab 2026 ein Rechtsanspruch anstehe. Auch im Bereich Pflege erhoffe man sich durch diese Maßnahme eine Erleichterung.

Das Vorhaben werde vom Jobcenter unterstützt, so EBMin **Schmetz**. Solche Kurse gebe es bisher nicht, weder bei Bildungsträgern noch bei beruflichen Schulen. Das Angebot sei kostendeckend. Sie eröffnet die Aussprache.

Diese Chance solle ergriffen werden, meint Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit**. Sie fragt, ob die Personen direkt angesprochen werden und ob eine Kooperation mit dem Bereich Frau und Beruf bestehe.

Doppelstrukturen sollen vermieden werden, merkt Stadtrat **Meyer** an. Die Überlegungen seien interessant. Jede Hilfe zur Förderung sei gut, jedoch gebe es auch Grenzen für die vhs. Die vhs könne frühzeitig die Menschen erreichen, das sei positiv. Er sieht 1,5 Personalstellen als sehr gering an. Man brauche Personal mit Praxiserfahrung und Personen, die Lerninhalte vermitteln. Er geht davon aus, dass künftig im medizinischen Bereich die Pflegehilfskräfte nicht mehr von den

TOP 5

Ausbau des Fachgebiets "Berufliche Bildung" an der Volkshochschule Ludwigsburg

Vorl.Nr. 002/23

Krankenkassen bezahlt werden. Weiter spricht er die große Anzahl von Schulabbrechern an und den Bereich der Analphabeten. Hier liege ebenso Potential.

Stadträtin **Moersch** lobt die Überlegungen. Aus den Kindertagesstätten habe es bereits Hilferufe gegeben. Eine Assistenz sei wichtig, um die Fachkräfte zu entlasten. Ein großes Potential liege in den Quereinsteigern. Die Menschen seien bei der vhs im Hause und sollen direkt angesprochen werden.

Der Bedarf sei groß und werde weiter steigen, vor allem im Bereich der sozialpädagogischen Assistenz, so Stadträtin **Metzger**. Die Anerkennung der Schulabschlüsse sei häufig nicht gleichwertig. Sie fragt, wer die Kurse unterrichte. Auch hier gebe es einen Lehrermangel. Die Fachkraftquote im Bereich Pflege sei von 50 auf 40% reduziert worden. Hier brauche man mehr Hilfskräfte. Bei der PiA Berufsfremdenprüfung sei die Durchfallquote hoch und sie fragt, ob ein Wechsel in die sozialpädagogische Assistenz möglich sei. Sie wünscht einen Bericht in 1 bis 2 Jahren.

Stadtrat **Heer** sieht hierin eine gute Möglichkeit, um das Personaldefizit zu verringern, warnt jedoch auch davor die Qualität zu verlieren. Die Assistenten dürfen nicht die Fachkräfte ersetzen. Er fragt nach der Bezahlung. Eine Assistenz könne auch im Bereich Schule hilfreich sein.

Der Ansatz sei gut und unterstützenswert, meint Stadträtin **Schmidt**. Sie fragt nach der Ausbildungsvergütung. Gewerkschaftliche Standards sollen nicht unterlaufen werden. Im Bereich Pflege werden mit großer Wahrscheinlichkeit die einjährig Examinierten refinanziert. Man brauche einen Einrichtungsbezug für den praktischen Ausbildungsteil.

EBMin **Schmetz** geht auf die offenen Fragen ein. Sie selbst sei im lokalen Ausschuss der Arbeitsagentur, die sehr dankbar für dieses Angebot sei. Die Finanzierung erfolge durch die Arbeitsagentur. Für die Stadt bringe dieses Angebot keine zusätzlichen Aufwendungen wirtschaftlicher Art mit sich. Adäquate Seminarräume werden von den Pflegeeinrichtungen angeboten. Man brauche einen Bildungsträger mit einer Art ZAV-Zertifizierung zur Vorbereitung auf eine Schulfremdenprüfung. Diese Voraussetzung biete die vhs. Man habe mit den beruflichen Schulen im Landkreis Kontakt aufgenommen, keine wolle in diesem Bereich einsteigen. Es handle sich um eine schulische Ausbildung mit praktischem Teil. Die sprachliche Voraussetzung sei ein B2-Abschluss. Die Kurse werden von Dozenten auf Honorarbasis geleitet. Man werde keinen Lehrkörper aufbauen. Die Mitarbeitenden brauche man für die Organisation und zur Sicherstellung der Qualität der Kurse. Für die Absolventen der Integrationskurse biete dieses Angebot eine Möglichkeit zum beruflichen Anschluss. Weitere Angebote für Schulabbrecher und Analphabeten seien nicht kostendeckend. Sie geht auf die Vergütung der sozialpädagogischen Assistenz, als voll anerkannte Fachkraft, ein.

Frau und Beruf sei informiert und die Kontakte eng, so die **Leiterin** der Volkshochschule Ludwigsburg. Während der Ausbildung erfolge keine Vergütung, die Hilfe zum Lebensunterhalt werde weiterhin gewährt. Die Arbeitsagentur finanziere die Maßnahme. Jede einzelne Maßnahme müsse mit einem inhaltlichen Lehrplan und der Qualifikation der Dozenten zertifiziert werden. Zur Vorbereitung habe man Kontakt zur vhs in Reutlingen aufgenommen.

Stadtrat **Meyer** regt an, dass diese umfangreichen Informationen künftig in der Vorlage oder in einer Präsentation aufbereitet werden.

EBMin **Schmetz** nimmt diese Anregung gerne mit und lässt über die Vorlage abstimmen.

TOP 6

Beauftragung von Freien Trägern mit der Betreuung
von Geflüchteten

Vorl.Nr. 013/23

Beschluss:

- 1) Die Beauftragung der Arbeiterwohlfahrt Ludwigsburg gGmbH (AWO) in der Flüchtlingssozialarbeit wird um eine halbe Stelle, das entspricht einer Wochenarbeitszeit von 19,5 Stunden, erhöht. Es ist mit jährlichen Kosten von etwa 40.000 Euro zu rechnen.
- 2) Der Bildungs- und Sozialausschuss ermächtigt die Verwaltung, die Flüchtlingssozialarbeit in einem „Mix-Modell“ von eigenem Personal und Personal von freien Trägern durchzuführen.

1. Der Zwischenbericht 2022, der vorläufige Abschluss (Hochrechnung) 2022 und der Abschluss 2021 der Ludwigsburger Schlossfestspiele (LSF) werden zur Kenntnis genommen.
2. Im Haushaltsjahr 2022 wird eine Sonderförderung zur teilweisen Deckung des voraussichtlichen Defizites von bis zu ~~75.000,-~~ 50.000,- EUR in Form einer überplanmäßigen Ausgabe genehmigt. Die Deckung erfolgt aus Mitteln der Deckungsreserve. Nicht benötigte Fördermittel sind an die Deckungsreserve zurückzuführen.

Dieser Beschluss sei mit 8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen gefasst worden.

EBCMin **Schmetz** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.